



Mehr Schutz...

... für Frauen und Kinder forderten die Freiheitlichen im Landtag S.2



Ausgangsverbot für Asylwerber

Weil Übergriffe durch männliche Asylwerber alltäglich sind, will die FPÖ ein Ausgangsverbot in der Nacht und ein Betretungsverbot von öffentlichen Bädern. S.2

Wir



NIEDERÖSTERREICHER

Zugestellt durch Post.at

Klubinfo | Februar 2016

NACHRICHTEN AUS DEM FREIHEITLICHEN KLUB IM NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDTAG

Mindestsicherung: Hilfe künftig nur noch für UNSERE Leut'!

Asylberechtigte sind nur auf Zeit in unserem Land und dürfen bis zur ihrer Rückkehr nur noch über die deutlich niedrigere Grundversorgung unterstützt werden...

Die größte Arbeitslosigkeit der Zweiten Republik beutelt unser Land nachhaltig, die Jobsuchenden werden immer mehr: Ende Jänner 2016 waren bundesweit 429.989 Menschen arbeitslos, in Niederösterreich waren es 72.453. Trotzdem versucht nun die ÖVP NÖ über neue Richtlinien beim Bezug der bedarfsorientierten Mindestsicherung für Asylberechtigte - weitere - billige Arbeitskräfte in den Markt einzuschleusen. Die FPÖ brachte einen Abänderungsantrag im Landtag ein.

In Österreich erhalten Menschen Leistungen aus der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) nur dann, wenn sie dem AMS zur Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen. Nachdem Asylberechtigte und sub-



► **ZUWANDERUNG:** Wenn Asylstatus, dann nur noch Unterstützung über die Grundversorgung.

Weitere Informationen zu diesem aktuellen Thema finden Sie auf Seite 3.

Feuerwehren



Diskutiert wurde auch die Änderung des Feuerwehrgesetzes S.2



FPÖ für Erziehungsgeld

Das von der FPÖ geforderte „NÖ Erziehungsgeld“ wurde im Landtag mehrheitlich abgelehnt. S.2

Kurz gesagt...

Veranlagungen des Landes diskutiert

Den Bericht zu den Veranlagungen des Landes nahm die FPÖ im Februar-Landtag nicht zur Kenntnis: „Die Vergangenheit hat gezeigt, dass an dere Strategien notwendig gewesen wären. Wir hätten die Veranlagungen nicht bzw. nicht in dieser Form getätigt. Harte Kritik übt Waldhäusl abermals an dem Umstand, dass der Veranlagungsstock - die Höhe dieses Fonds - jährlich enorm schmilzt, weil ÖVP und SPÖ jährlich aufgrund der Miswirtschaft im Budget zig Millionen entnehmen: Wenn so weiter gewirtschaftet wird, wird bei diesem sogenannten Generationsvertrag bereits für die nächste Generation kein einziger Cent mehr übrig sein...“

[Rede KO Waldhäusl](#)

WU: Feuerwehrgesetz jetzt geändert!

Die Änderung des NÖ Feuerwehrgesetzes war ebenfalls Tagesordnungspunkt im Februar-Landtag. Anlass dafür ist die Auflösung des Bezirkes Wien-Umgebung, die ab 2017 gegeben ist. „Bereits im Vormonat haben die Wahlen in den diversen Feuerwehr-Gremien stattgefunden, die Auflösung eines ganzen Bezirkes verlangt natürlich auch nach entsprechenden Maßnahmen, wo anschließend welche Feuerwehren zugeordnet sein werden“, so FPÖ-Klubchef Gottfried Waldhäusl, selbst seit seinem 15. Lebensjahr Florianijünger. „Bedenklich ist nur, dass alle anderen Parteien in keiner Weise wissen, worum es hier geht! Auf jeden Fall bedanke ich mich für den selbstlosen, freiwilligen Einsatz jedes einzelnen Feuerwehrmitgliedes.“

[Rede KO Waldhäusl](#)



► **ÜBERGRIFFE:** Unsere Frauen und Kinder müssen endlich geschützt werden.

Sicherheit für unsere Frauen und Kinder!

Die Übergriffe durch Asylwerber werden immer mehr, viele Mädchen und Frauen trauen sich nach der Dämmerung nicht mehr alleine auf die Straße. Die FPÖ forderte im Landtag daher etwa ein Ausgangsverbot für männliche Asylwerber in den Nachtstunden.

Sexuelle Übergriffe auf offener Straße und in Hallenbädern gehören in unserem Land schon zum Alltag“, so FPÖ-LAbg. Erich Königsberger. „Es kann nicht sein, dass Mädchen und Frauen zum Daheimbleiben gezwungen sind, weil sich die männlichen Asylwerber wie wild gebärden. Die FPÖ forderte im Rahmen der

Aktuellen Stunde „Sicherheit von Frauen und Kindern“ ein Ausgangsverbot für männliche Asylwerber in den Nachtstunden, ein Betretungsverbot von öffentlichen Bädern und einen Zuschuss für Selbstverteidigungskurse durch das Land NÖ.

[Rede Klubobmann Waldhäusl](#)

[Rede LAbg. Königsberger](#)

FPÖ für Erziehungsgeld

Die finanzielle Lage der Niederösterreicher bremst definitiv den Kinderwunsch: 2004 wurden in NÖ 14.322 Kinder geboren, 2014 waren es 14.296. Wenn man allerdings die stetige Zuwanderung und die in diesem Bereich stattfindenden Geburten berücksichtigt, werden die niederösterreichischen Kinder immer weniger. Mit dem „NÖ Erziehungsgeld“ soll nun echte Wahlfreiheit geschaffen werden. Zusätzlich zum Kinderbetreuungsgeld sollen künftig an den jeweiligen Erziehungsberechtigten monatlich 838 Euro - angepasst an die bedarfsorientierte Min-

destsicherung - für maximal sechs Jahre ausbezahlt werden.

Mit dieser Maßnahme soll ein nachhaltiger Motivationsschub für die Familiengründung geschaffen werden. Mütter und Väter, die ihren Nachwuchs vorrangig betreuen, müssen zumindest den gleichen Stellenwert haben wie Asylanten, die noch keinen Cent in unser Sozialsystem einbezahlt haben. Antrag abgelehnt!

[Rede Klubobmann Waldhäusl](#)

[Rede LAbg. Landbauer](#)



Anreiz zum Dableiben muss gesenkt werden

subsidiär Schutzberechtigte AUF ZEIT in unserem Land verweilen und mittelfristig wieder in ihre Heimat zurückkehren sollen, ist eine Integration in den Arbeitsmarkt für die FPÖ kein Thema. „Aus diesem Grund dürfen die betroffenen Menschen künftig auch nicht mehr mit den Mitteln aus der BMS unterstützt werden. Diese Leistung soll österreichischen Staatsbürgern vorbehalten sein“, so FPÖ-Klubobmann Gottfried Waldhäusl im Landtag. „Nicht zu vergessen: Selbstverständlich gibt es, wie die Vergangenheit gezeigt hat, auch „gute“ Ausländer, welche sich etwa nach der Ungarn-Krise bzw. nach dem Krieg in Ex-Jugoslawien bestens integriert haben...“

Über neue Richtlinien bei der Mindestsicherung will die ÖVP allerdings weitere billige Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt integrieren. „Falscher kann man gar nicht agieren. Denn die Asylanten sind auf Zeit in unserem Land, derartige Maßnahmen schaden unserem Land noch viel mehr“, so Waldhäusl. „Die Unterstützung von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten muss daher weiterhin aus der Grundversorgung erfolgen. Wir reden in Niederösterreich von etwa 420 Euro pro Monat, das entspricht der halben Mindestsicherung.“

Weitere von der FPÖ geforderte Maßnahmen:

! Für Mehrpersonen-Haushalte muss eine Decke-



► **BMS-UNTERSTÜTZUNG:** Nur für Österreicher!

lung in Höhe von 1.500 Euro für ALLE Geldtransfereleistungen eingeführt werden

! Im ersten Jahr müssen Sachleistungen finanzieller Unterstützung seitens des Staates vorgezogen werden

[Rede Klubobmann Waldhäusl](#)

[Rede LAbg. Landbauer](#)



KO Gottfried **WALDHÄUSL**

Gedanken des Klubobmanns

Schlaraffenland für Asylanten

Wer den Asylstatus bekommen hat, kassiert pro Monat und Person wie selbstverständlich bis zu 838 Euro aus der Mindestsicherung. Dieser Topf ist Österreichern vorbehalten, er darf nicht von Zuwanderern geplündert werden.

In Österreich bekäme man ein Gratisauto, ein Haus sowieso und jedes Monat Geld für's Nixtun, so wird es in den Herkunftsländern gerne kolportiert. Mit Auto wird's dann doch nix, eine Unterkunft gibt es selbstverständlich und wer Asylstatus hat bzw. als subsidiär Schutzberechtigter gilt, wird aus dem Topf der Mindestsicherung unterstützt.

Damit muss Schluss sein! Denn: Wenn im Heimatland wieder Frieden herrscht, ist raschestmögliche Rückreise angesagt. Für diese Menschen kann nicht jenes Geld hergenommen werden, das für jene vorbehalten sein soll, die in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Die Grundversorgung mit ca. 420 Euro pro Monat muss genügen, für Asylwerber, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte. Die Politik ist endlich angehalten, mit unserem Steuergeld sorgfältiger umzugehen...

